

Repression in der Türkei und Kurdistan

Veranstaltung zum Tag der politischen Gefangenen



19. März 2012, 20:00 Uhr

KulturLaden Westend, Ligsalzstr. 44

Veranstalterinnen:

Rote Hilfe e.V., Ortsgruppe München

FreundInnenkreis Andrea Wolf München

- ▶ Ein Beitrag von VertreterInnen der Roten Hilfe zum 18. März, Tag der politischen Gefangenen
- ▶ VertreterInnen der internationalen Delegation vom September 2011 werden von ihrer Reise mit Bildmaterial berichten.
- ▶ Medini Kırıcı, Mitglied des Parteivorstandes und der Kommission für Auswärtige Beziehungen der BDP (Barış ve Demokrasi Partisi/ Partei des Friedens und der Demokratie) wird über die politischen Gefangenen und die aktuelle Lage in der Türkei und Kurdistan berichten.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem in der Türkei nicht eine Redaktion überfallen oder kurdische Lokalpolitikerinnen und -politiker festgenommen werden. Während die Medien ausführlich über das Wirtschaftswachstum in der Türkei berichten, das mittlerweile sogar China übertrifft, erhalten andere Rekorde, die in der Türkei gebrochen werden, kaum Aufmerksamkeit.

105 Journalistinnen und Journalisten sind derzeit in der Türkei in Untersuchungshaft. Tausende Menschen – von 12-jährigen Kindern bis zu 80-Jährigen – sitzen mit dem Vorwurf hinter Gittern, sie seien Mitglied in einer Terroristischen Vereinigung. Mit dieser politisch motivierten Repressionswelle soll jeder Protest und insbesondere die kurdische Widerstandsbewegung unterdrückt werden.

Nach dem die AKP-Regierung die Fraktionskämpfe im türkischen Staatsapparat scheinbar endgültig zur ihren Gunsten entschieden hat, geht sie nun gegen die Linke insgesamt und im Besonderen gegen die kurdische Bewegung vor.

In der westlichen Welt wird zu diesen massiven Menschenrechtsverletzungen keine offizielle Kritik laut. Warum auch? Die Türkei ist fester Bestandteil der Nato, Abnehmerin der Waffen, die von der deutschen Rüstungsindustrie gefertigt und geliefert werden, sowie ein wichtiger geostrategischer Partner zur Durchsetzung westlicher Interessen in den Konflikten der Nachbarstaaten der Türkei.

„Ihr solltet die Anklage gegen uns, die einer Anklage gegen die Pressefreiheit gleichkommt, aufmerksam verfolgen. Dieser Aufruf ist ein Aufruf zur Wahrnehmung von journalistischen Prinzipien und der freien Presse. Dieser Aufruf ist vor allem aber auch ein Aufruf für das Recht der Gesellschaft auf alternative Nachrichtenkanäle“, schreiben die inhaftierten JournalistInnen in der Türkei in ihrem Aufruf „Pressefreiheit geht uns alle an!“ vom 7. Januar 2012.

Die Herrschenden dulden keine grundsätzliche Kritik an ihrem Herrschaftssystem – jegliche gesellschaftliche Alternative zu ihrer Herrschaft soll ausgeschaltet, kriminalisiert werden. Deswegen die tausenden Gefangenen in ihren Knästen.

Dagegen gilt es unsere Solidarität zu setzen:

Freiheit für alle politischen Gefangenen – weltweit!

Wir schicken den Gefangenen Liebe und Kraft

Hoch die internationale Solidarität!